

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 8.— Mk., bei Selbstabholung 7.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 24.— Mk., für einen Monat 8.— Mk. — Preis der Einzelnummer 40 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4598. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
**Telegramm-Adresse:** Volkszeitung Leipzig  
**Telefon 13093. — Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — **Telefon 4598**

**Inseratenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonelle ober deren Raum 2.50 Mk., bei Platzvorschrift 3.— Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 2.— Mk.; Reklame-Kolonelle 10.— Mk. — **Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721**  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die tägliche Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweigelwände und alle Postanstalten entgegen.

### Englisch-französisches Wiederaufbau-Programm.

Paris, 24. Dezember. Der *Matin* sagt in einem Rückblick auf die Londoner Verhandlungen, Ende Januar müsse man einen Plan für den Wiederaufbau Europas haben, der von ganz Europa genehmigt werde. Diefem Plan werde ein genaues französisch-englisches Programm zugrunde liegen, das drei Punkte umfasse: 1. die Wiederaufrichtung Rußlands durch die Wiederherstellung seiner Eisenbahnlinien und seines Eisenbahnmateriale; dies sei eine Handels- und Finanzangelegenheit von großem Umfange, die politische Klugheit erfordere, wenn man nicht von der Sowjetregierung getäuscht oder durch die deutsche Mitarbeit überflutet werden wolle, 2. die Lösung der Frage der Wechselkurse und 3. bezüglich Deutschlands besondere Maßnahmen für die strenge Bewirtschaftung der Zolleinnahmen, der Ausfuhr von Kapital, des Budgets der Reichsbank und der Bankdepots. Diese Kontrolle müsse mittelbar auf das deutsche Vermögen im Ausland ausgeübt werden. Das sei der Plan des europäischen Wiederaufbaues, der sich unmittelbar mit dem Reparationsproblem verbinde, weil die Wiedererhebung Deutschlands die Vorbedingung für die berechtigte Erfüllung dessen sei, was seine Gläubiger von ihm erwarteten. Es müsse durch die Anstrengungen einer europäischen Gemeinschaft auf dem Finanzmarkt ein Teil der deutschen Schuld mobilisiert werden und damit durch Anleihen den dringendsten Bedürfnissen der Nationen Genüge geleistet werden, die Frankreich für seine Kriegssopfer ungeheure Vorschüsse hätten leisten müssen.

### Die Allierten und die Londoner Konferenz.

Berlin, 27. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Der *Völkischen Zeitung* wird aus London gemeldet: Der *Observer* behandelt in seiner Weihnachtsausgabe die Londoner Konferenz und betont, daß die Besprechungen zu keiner Einigung geführt haben. Frankreich sei bestrebt, das Maximum an Entschädigung aus Deutschland herauszuholen und Deutschland zu otmantisieren, indem es die ganze Finanzverwaltung des Landes unter seine Kontrolle zu bringen versuche. England dagegen halte es für notwendig, eine Grundbedingung des wirtschaftlichen Wiederaufbaues und des politischen Friedens Europas mit Deutschland wiederherzustellen. Demnach würde auch ein bloßes Moratorium nichts nützen. Das Blatt schildert dann die Verschiedenartigkeit der politischen Lage in England und Frankreich und sagt, daß Briand selbst wohl nicht abgeneigt sei, Deutschland Konzessionen zu machen, daß er es aber nicht könne mit Rücksicht auf seine Kammermehrheit. England aber müsse auf der Befolgung seiner Politik bestehen, da Leben und Tod des englischen Wirtschaftslebens und die Beschäftigung der britischen Arbeitermilionen davon abhängen. Auf die Dauer wird Frankreich durch die englische Methode mehr gewinnen als durch die eigene. Die Wahrheit dieser Tatsache wird die französische Regierung ihrem Volke eingestehen müssen, bevor weitere sechs Monate ins Land gehen.

### Die Konferenz in Cannes.

Paris, 24. Dezember. Nach einer Meldung des *Petit Parisien* aus London ist der Beginn der Tagung des Obersten Rates in Cannes endgültig auf den 6. Januar festgesetzt. Den Beratungen werde jedenfalls eine Privatverhandlung zwischen Lord George und Briand vorangehen. Für die Konferenz seien sechs Tage vorgesehen. Dann werde eine Konferenz der alliierten Außenminister stattfinden, die sich mit der Frage des nahen Ostens beschäftigen werde. Für diese Beratungen seien 10—12 Tage in Aussicht genommen.

Berlin, 27. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Dem *Völkischen Tageblatt* wird aus Rom gemeldet: Die *Tribuna* äußert die Hoffnung, daß Italien diesmal wenigstens ein eigenes, wohlausgearbeitetes Programm zur Konferenz in Cannes mitnehmen wird. Niemals sei dies so notwendig gewesen, wie bei dieser Konferenz, da Frankreich und England durch Sonderabmachungen mit Deutschland ihre Interessen schon im voraus gedeckt hätten, und zwar Frankreich durch das Wiesbadener Abkommen und England durch die zweifellos nicht unfruchtbaren Besprechungen mit Rathenau und Stinnes. Dagegen habe Italien mit Deutschland noch keinerlei Abmachungen geschlossen, viellecht noch nicht einmal angebahnt, und doch habe es in letzter Zeit hierzu nicht an guter Gelegenheit gefehlt. Das Blatt erinnert an die notwendige Lösung der Frage des deutschen Eigentums, deren Stand sicher nicht dazu diene, die Beziehungen zu Deutschland zu erleichtern. Dabei sei diese Frage von höchster Bedeutung. Sie müsse sofort gelöst werden. Italien bestide sich also im Vergleich zu seinen Verbündeten in schwächerer Lage gegenüber Deutschland. Desto umständlicher müsse seine Aktion in Cannes sein. Italien habe noch mehr Interesse als seine Verbündeten, den Wiederaufbau Europas zu beschleunigen, aber es habe nicht daran gedacht, von vornherein seine Interessen zu wahren.

### Rücktritt Berthelots.

Paris, 26. Dezember. Der Generalsekretär des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, Berthelot, erklärt in einem Brief an Ministerpräsident Briand, daß er infolge der fortgesetzten Angriffe und Besprechungen Befürchtungen, gegenüber dem Auslande, bei dem er täglich die Interessen Frankreichs zu vertreten habe, nicht mehr die nötige Autorität zu besitzen, um dem Staat gut dienen zu können. Sein Entschluß, zurückzutreten, sei unwiderruflich.

### Feierlagsberatungen in Berlin.

Berlin, 27. Dezember. Gestern vormittag fand in der Reichskanzlei eine Besprechung über die Reparationsfrage beteiligter Ressorts über die Beantwortung der drei Rückfragen der Reparationskommission wegen des von Deutschland ersuchten Aufschubs der Januar- und Februarraten statt. In der Sitzung, an der auch der Reichsbankpräsident Havenstein teilnahm, erstattete Dr. Rathenau Bericht über seine Londoner Reise. Am Nachmittag besprach sich das gesamte Reichskabinett in einer Sitzung über denselben Gegenstand, in der gleichfalls Dr. Rathenau über seinen Londoner Aufenthalt berichtete. Wie die Blätter mitteilen, soll eine schriftliche Beantwortung der Fragen der Reparationskommission vorläufig nicht erfolgen, sondern die Beratungen über die Antwort sollen in Fühlung mit der Reparationskommission fortgesetzt werden.

### Ein Abkommen mit der Garantiekommission.

Berlin, 27. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Das *Berliner Tageblatt* erzählt aus Paris: Die Information teilt mit, daß ein Abkommen zwischen der Reichsregierung und der Garantiekommission abgeschlossen worden sei, nach dem der Ertrag der 26prozentigen Ausfuhrabgabe vorläufig zur Verfügung der Reichsregierung bleibt, aber unter der Bedingung, daß die eingegangenen Summen stets zur Verfügung gehalten werden.

### Die U-Bootfrage.

Washington, 24. Dezember. (Neuter.) Der Flottenausschuß hat den amerikanischen Plan zur Einschränkung der Unterseeboot-Tonnage vorgelegt. Danach sollen Amerika und England je 60 000 Tonnen bekommen und Frankreich, Italien und Japan ihre gegenwärtige Tonnage behalten.

### Frankreich wünscht eine Atlantik-Entente.

Paris, 27. Dezember. (U.) Der Korrespondent der *Chicago Tribune* in Paris will erfahren haben, daß Frankreich dazu bereit wäre, dem amerikanischen Plan zur Beschränkung der Unterseeboot-Tonnage seine Zustimmung zu geben, falls für den Atlantischen Ozean und die europäischen Meere ein Fünfmächte-Abkommen nach dem Muster des Pacific-Vertrages geschlossen werde. Amerika, England, Frankreich, Japan und Italien sollen sich also dazu verpflichten, den Frieden zur See in den europäischen Gewässern und für den Atlantischen Ozean durch gegenseitige Zugeständnisse zu sichern. Wenn die Vereinigten Staaten die französische Anregung ablehnen sollten, soll die französische Forderung auf wenigstens 90 000 Tonnen für Unterseeboote unter allen Umständen bestehen bleiben. Jedes neue Nachgeben gegen England würde nach der Erklärung dieses Korrespondenten den Sturz des Kabinetts Briand zur Folge haben.

### Neue Unruhen in Ägypten.

Paris, 27. Dezember. (U.) Wie *New York Herald* aus Kairo meldet, kam es am Sonnabend wiederum zu Unruhen. Dabei wurden fünf ägyptische Studenten getötet und zwanzig verwundet. — Zwei englische Regimenter haben Befehl erhalten, sich zur Einschiffung nach Ägypten bereitzuhalten. Fast die gesamte studentische Jugend Kairo ist in den Streik getreten. Zaglul Waha und die anderen verhafteten Nationalisten bleiben in Suez unter militärischer Bewachung. Nach einer Meldung aus Kairo soll der Führer der ägyptischen Nationalisten demnächst zusammen mit seinen Unterführern von Suez aus nach einem Internierungslager außerhalb Ägyptens gebracht werden.

### Irische Stimmen für die Annahme des Irland-Abkommens.

London, 24. Dezember. (U.) Der große Rat von *Ulster*, zu dessen Vertretern in *Del Eirean* der *Balera* gehört, hat mit 17 gegen 5 Stimmen einen Beschluß angenommen, daß das Volk von *Ulster* geschlossen für die Ratifizierung des englisch-irischen Vertrages sei. In der Hoffnung, daß die Ratifizierung des irisch-englischen Abkommens durch den *Del Eirean* bald erfolgen werde, hat die britische Regierung bereits sehr viele von den Verhafteten in *Ulster* auf freien Fuß gesetzt. Da jetzt von irischer Seite es als fraglich betrachtet wird, ob die Ratifikation ohne vorherige Neuwahlen oder Volksabstimmung stattfinden kann, wurde beschlossen, die Freilassung vorläufig zu unterbrechen.

### Um den Achtfundentag.

Die Reichseisenbahn ist als Versuchsfeld zur Beseitigung des Achtfundentages auszuwählen worden. Daß sie es gerade ist, bei der der Versuch unternommen wird, ist kein Zufall. In den Bedingungen, die der Industriellen-Verband in seinem Schreiben an die Reichsregierung richtete, war die Forderung enthalten, daß die schematische Anwendung des Achtfundentages verschoben müsse. Das war ein deutlicher Wink und die sozialistisch-bürgerliche Koalitionsregierung hat ihn verstanden: In dem Arbeitszeitgesetz für die Eisenbahn lehrt dieser Ausdruck wirklich wieder. Die Regierung hat sich von den Unternehmern auf die Kampfbahn um den Achtfundentag schieben lassen. Gelingt es ihnen, ihn im Reichsbetriebe zu beseitigen, so ist Beschäftigung und es ist dann nur noch ein kleiner Schritt, ihn auch bei den Privatbetrieben zu beseitigen. Es war ein schlauer Schachzug, den die Industriellen mit ihrer Forderung machten. Daß aber die Reichsregierung, und besonders das Verkehrsministerium, darauf hineinfiel, ist um so bedauerlicher, denn es wird beiden nicht gelingen, den Unternehmern hier dienen zu können. Der Protest, der bereits vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund ausgeht, zeigt, daß die Kampfanzeige der Regierung gegen die Eisenbahner als eine solche gegen die gesamte Arbeiterschaft angesehen wird. In der Entschließung des Ausschusses des Gewerkschaftsbundes wird ausdrücklich das Vorgehen der Regierung scharf zurückgewiesen. Dabei bleibt der Bund aber nicht stehen, sondern er fordert, daß der Achtfundentag wirksam gestrichelt werde. Sonach ist der Kampf um den Achtfundentag in ein Stadium getreten, wo es kein Ausweichen mehr gibt, sondern wo er gründlich ausgefochten werden muß. Es ist für die Regierung kennzeichnend, daß sie sich von den Unternehmern auf diese Bahn hat drängen und scheut nicht einen solchen Entwurf hat ausarbeiten lassen. Soviel hätte sie wissen müssen, daß der Angriff auf den Achtfundentag unweigerlich den Kampf mit der gesamten organisierten Arbeiterschaft nach sich ziehen mußte, und daß es sich dabei nicht nur um einen Abwehrkampf, sondern um einen solchen zur Festigung und Sicherstellung des Achtfundentages handeln würde. Die gesamte Arbeiterschaft muß den Angriff auf den Achtfundentag als eine offene Kampfanzeige ansehen, denn was den Eisenbahnern heute geschieht, droht allen andern Arbeiterschichten morgen. Für die Gewerkschaften aber ist jetzt der Augenblick gekommen, wo sie ihre Mittglieder samt und sonders auf den Kampfplan rufen müssen. Welchen Umfang ein solcher Kampf annehmen wird, ist noch nicht abzusehen. Der Achtfundentag ist eine der besten Errungenschaften der Lohnarbeiterschaft, wenn er auch noch nicht so durchgeführt ist, wie sie es wünschen muß. Wer aber weiß, welche Schwierigen und langwierigen Kämpfe um die Arbeitszeitverkürzung geführt wurden, der wird leicht ermessen können, was ein solcher Kampf um die Erhaltung und Festigung dieser Revolutionserrungenschaft bedeutet. Hier kann keine Rede davon sein, daß dies eine Angelegenheit der Eisenbahner und Eisenbahnverwaltung sei, der Kampf ist nicht zu lokalisieren. Er greift über die Grenzen hinaus, erfaßt die Arbeiterschaft und wird so zu einem politischen Machtkampf, den, wie auch die Regierung jetzt eigentlich wissen könnte, Deutschland augenblicklich am wenigsten brauchen kann.

Es ist eines der arglistigsten Täuschungsmanöver, das mit der Behauptung getrieben wird, das Defizit der Reichseisenbahn sei zu einem großen Teile der ungewissen Durchführung des Achtfundentages, wenn nicht diesem selbst geschuldet. Bevor der Achtfundentag nicht beseitigt sei, oder wie es in dem Arbeitszeitgesetz heißt, anders angewendet, werde an die Gesundung der Eisenbahnfinanzen nicht zu denken sein. Das Eisenbahndefizit ist andern Ursachen als dem Achtfundentag geschuldet. Es ist eine Kriegsfolge und eine Folge der heutigen Wirtschaftspolitik. Aber auch noch andre Ursachen liegen ihm zugrunde. Das gesamte Verwaltungssystem ist nicht nur veraltet, sondern belastet den Verkehr und hemmt ihn auf das aller schlimmste. Das viel gerühmte Organisationstalent *Grönners* hat vollständig verfaßt. Bis jetzt ist dabei nichts zutage getreten, als das die Schnell- und Eizüge einigermaßen pünktlich fahren; der Personenverkehr sieht noch aus wie zur Kriegszeit: Volkgepörrte Wagen und regelmäßige Verspätungen. Herr *Gröner* hätte zeigen können, was ein moderner Verkehrstechniker zu leisten imstande ist, wenn er daran gegangen wäre, die Verwaltung von Grund auf zu ändern, vom bürokratischen, starren System zu befreien und in ein bewegliches Verkehrsinstrument umzugestalten. Diesen Ehrgeiz hat er nicht. Das einzige, was bei ihm bis jetzt zutage getreten ist, ist die Abneigung gegen die Arbeiterschaft und das Zusehen bei der sich steigenden Verkehrsverwirrung im Güterverkehr. Was will es denn heißen, wenn er auf all die Vorwürfe, die ihm dieserhalb gemacht werden, damit antwortet, daß er ein paar Tausend Güterwagen ankauft, die er in diesem Frühjahr zur Beförderung der Nahrungsmittel und der Kohlen mehr zur Verfügung gestellt habe? Das würde wohl auch ein untergeordneter Beamter fertig bekommen haben. Dazu bedurfte es keines Mannes, der sich in der Öffentlichkeit als großer Eisenbahntechniker und Reformator feiern läßt. Es